

Die Menschen in weiten Landesteilen, besonders im Westen des Sudan und im Zentralsudan, sind seit April 2023 vom Krieg betroffen. Oft finden die Kämpfe mitten in Wohngebieten statt. Die sudanesische Armee bombardiert zivile Ziele und zerstört zivile Infrastruktur: Es gibt keine funktionierenden Krankenhäuser mehr, die Elektrizität ist eingeschränkt, das Internet funktioniert oft nicht, Zugänge zu Schulen, zu Nahrung und Wasser sind kaum mehr vorhanden. Die RSF sind besonders für die entfesselte Gewalt gegen Zivilist\*innen berüchtigt. So haben sie in der Stadt El Geneina zwischen April und November 2023 Massaker an Angehörigen der Masalit verübt, bei denen bis zu 15.000 Menschen getötet wurden. Die Masalit wurden aufgrund ihrer Hautfarbe identifiziert, ermordet, gefoltert, Frauen und Mädchen vergewaltigt und vertrieben. Das Massaker ist Teil einer Vernichtungskampagne, die als Genozid eingestuft werden muss. Auch Journalist\*innen, Anwält\*innen und Aktivist\*innen werden gezielt angegriffen. Ein Ende des Krieges ist nicht absehbar.



### Verantwortung der internationalen Gemeinschaft

Die friedliche Revolution 2018-2019 löste weltweit Bewunderung für die Träger\*innen der Revolution – Frauen, junge Menschen und Nachbarschaftskomitees – aus. Doch es fehlte an konsequenter politischer und wirtschaftlicher Unterstützung. Die internationale Gemeinschaft schloss genau jene Kräfte, die die Revolution ermöglicht hatten, aus ihren Gesprächen aus und setzte auf die autoritären Strukturen aus der al-Bashir-Zeit.

Für den neuerlichen Kriegsausbruch trägt auch die internationale Gemeinschaft eine Mitverantwortung, zumal sie seit April 2023 viel zu wenig tut, um die Zivilbevölkerung vor der Gewalt zu schützen, die humanitäre Versorgung sicherzustellen und all jene zu sanktionieren, zu verfolgen und zu bestrafen, die den Krieg zum Beispiel mit Waffenlieferungen befeuern. An erster Stelle sind hier die Vereinigten Arabischen Emirate zu nennen, die die RSF mit Waffen ausstatten. Aber auch Saudi-Arabien, China, Russland, Ägypten und weitere Staaten liefern Waffen und Milizen. Das laute Schweigen zum entsetzlichen Leid der Menschen im Sudan setzt sich in der Politik und in den internationalen Medien fort und hat direkte Auswirkungen darauf, dass viel zu wenig humanitäre Hilfe geleistet wird.

Links: Sudanesische Frauen klagten mutig öffentlich an: Ihre Proteste trugen entscheidend zum Sturz von Diktator al-Bashir bei. Die Männer auf den Bildern wurden ermordet.  
Foto: Hind Mekki, Flickr CC BY 2.0



Die Ärztin Ihsan Fagiri, die für ihr mutiges Engagement in der Demokratiebewegung des Sudan den Weimarer Menschenrechtspreis erhielt, appelliert eindringlich: **„Wir müssen zusammenhalten, wieder aufstehen, unseren Mut und unsere Kraft zusammennehmen und dafür sorgen, dass die Welt uns nicht vergisst!“**

Foto: Hanno Schedler/GfbV

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de) • [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

SCANNEN & SPENDEN!



# Sudan

Krieg und humanitäre Katastrophe



Stand: Februar 2025, Produktion: Elena Dellmuth, Text: Sarah Reinke, Layout: Tanja Wieczorek, Titelbild: Rita Willaert/Flickr CC BY-NC 2.0



Gesellschaft für bedrohte Völker



### Die Geschichte des Sudan

Seit seiner Unabhängigkeit 1956 ist der Sudan von Gewalt, Kriegen, Unterdrückung und Willkür geprägt. Gleichzeitig gab und gibt es immer wieder Bewegungen und Einzelpersonen, die sich für eine demokratische und freie Gesellschaft im Sudan einsetzen. Wichtiger Bezugspunkt für sie ist aktuell die friedliche Revolution 2018-2019, die vor allem von mutigen Frauen getragen wurde. Doch die Hoffnung auf Veränderung und Frieden unter dem Motto der Revolution „Freiheit – Frieden – Gerechtigkeit“ (Hurriya – Salaam – Adala) wird durch den seit April 2023 anhaltenden Krieg zunichte gemacht.

### Genozid, Vertreibung, Kriegsverbrechen, Hunger – Krieg im Sudan verursacht größte humanitäre Katastrophe

Hilfsorganisationen und die UN bezeichnen die Lage im Sudan als „größte humanitäre Katastrophe“ weltweit. Mehr als elf Millionen Menschen wurden vertrieben, drei Millionen mussten aus dem Land fliehen. Schätzungen sprechen von 150.000 Toten. In etlichen Landesteilen besteht eine Hungersnot, in anderen Gebieten droht sie. Nach UNHCR-Angaben berichten mehr als 70 Prozent der Geflüchteten, die beispielsweise im Tschad ankommen, dass sie Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen geworden seien. Die Gewalt richtet sich besonders gegen bestimmte ethnische Gruppen wie die Masalit und die Zaghawa in Darfur. Vergewaltigungen und Versklavung von Frauen und Kindern, Hunger und Vertreibung werden als Waffe gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt.

### Entstehung und Ausweitung des Krieges

Der Krieg begann als Kampf zwischen der sudanesischen Armee (Sudanese Armed Forces, SAF) und den Milizen der Rapid Support Forces (RSF). Diese sind Nachfolgekräfte der berüchtigten Janjaweed, die während des Genozids in Darfur Anfang der 2000er Jahre Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübten. Mohammed Hamdan Daglo, genannt Hemedti, befehligt die RSF. Sein Gegenspieler ist Abdel Fattah Al-Burhan, der Oberbefehlshaber der sudanesischen Armee. Die beiden Generäle beendeten 2021 noch gemeinsam mit einem Coup den Versuch, eine zivile Regierung zu etablieren.

An der Spitze des Staates standen bis 2023 damit zwei Männer, die selbst jahrzehntelang Kämpfe gegen Teile der eigenen Bevölkerung angeführt und

Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Völkermord begangen hatten. Als die paramilitärischen RSF in die SAF integriert werden sollten eskalierte der bereits schwelende Konflikt zwischen den beiden Generälen und es kam zum Kriegsausbruch. Der Krieg konzentrierte sich anfangs auf die Hauptstadt Khartoum, erfasste jedoch bald weitere Landesteile. Wie schon während des Genozids ist Darfur besonders von Kämpfen und Gewalt betroffen.

### Die Zivilbevölkerung im Krieg

Der Krieg im Sudan ist kein Bürgerkrieg, denn die große Mehrheit der Sudanese\*innen unterstützt keine der beiden Parteien. Sie machen das Regime von Omar al-Bashir (sudanesischer Präsident 1993 bis 2019) sowie die SAF und RSF inklusive ihrer Unterstützer\*innen im Ausland für den jahrzehntelangen völkermörderischen Krieg in Darfur, Süd-Kordofan und Blue Nile verantwortlich – genauso wie für das brutale Ende der demokratischen Umbrüche, die die

Frauen im Abu Shouk Geflüchtetenlager lernen den Umgang mit neuen Solarkochern. Foto: Sudan Envoy, Flickr CC BY 2.0



Ein Markt in der Hauptstadt Khartoum, Foto: Ammar Hreib, Pixabay

friedliche Revolution 2018-2019 erkämpft hatte. In den Augen der Zivilbevölkerung sind SAF, RSF sowie das Regime von al-Bashir verantwortlich für die Militarisierung der Städte und des Landes, die Ermordung friedlicher Demonstrant\*innen während der Revolution und die Eskalation der Gewalt. Im Sudan fließen fast 80 Prozent des Staatshaushalts in Verteidigungsausgaben. Dies und die weit verbreitete Korruption, so sind die Sudanese\*innen überzeugt, sind die Gründe für die große Armut, in der Millionen von ihnen leben. Die große Mehrheit der Sudanese\*innen will vor allem ein Ende des Krieges und endlich zivile Kontrolle über den Staat.